

Bürgerinitiative gegen atomare Bedrohung, Ulm
Rolf Hiemer, Schmidgasse 4 0731/32588
Sigrid Birrenbach, Eythstr. 15 0731/69747 7900 Ulm

PRESSEMITTEILUNG

Kernenergie hat keine Zukunft

betr.:

Gespräch am Dienstag, den 18. Juli im Informationszentrum
des Kernkraftwerkes Gundremmingen

Zwischen Repräsentanten des Atomkraftwerkes

(Herr Kirschner, Herr Mattheis, Beide Schichtführer

Herr Grafe, Betriebsratsvorsitzender

Herr Dr. Bergemann, Leiter der Strahlenschutzabteilung

Herr Kirchhoff, aus der Elektroabteilung

Herr Vogt, zuständiger Ingenieur für Schadensstatistik

Herr Dr. Eickelpasch, leitender Sicherheitsbeauftragter

Herr Philipp, zuständig für Besucherbetreuung

und kritischen Bürger/innen,

die seit Mai 1989 jeden Sonntag vor dem Tor des Atomkraft-
werkes Mahnwache halten

Im Verlaufe des Gespräches kritisierten vor allem Konrad Link
und Gernot Hartwig von der Schutzgemeinschaft Donauried die
Informationspolitik der Betreiber nach Störfällen, die desöfteren
erst nach Recherchen der Bürgerinitiativen und der Presse an
die Öffentlichkeit gelangt seien. Daraufhin räumte Herr Dr.
Eickelpasch Fehler ein, insbesondere bezüglich der Vorfälle im
Frühjahr 1986. Auf Anfrage gab Dr. Eickelpasch die durchschnittliche
Auslastung des Kraftwerkes mit 72% an, wobei am Wochenende und
nachts lediglich mit 60% gefahren werde. Erstaunt waren die
Akw-Gegner, daß das Kraftwerk somit nicht Grundlast abdecken
muß, sondern im Mittellastbereich eingesetzt wird.

Bei der Revision des einen Blockes, die derzeit stattfindet, wurde
bisher ein defektes Brennelement gefunden, was nach Ansicht der
Ulmer Bürgerinitiative eine Abgabe von Jod 131 über den Kamin
mit sich gebracht haben muß. Bereits jetzt werden im Reaktor-
gebäude plutoniumhaltige MOX (Mischoxid)-Brennelemente gelagert,
die in Hanau aus wiederaufgearbeitetem Material gefertigt werden.
Ihr Einsatz ist für nächstes Jahr geplant, wobei einige technische
Fragen noch geklärt werden müssen.

Auf die problematische Entsorgungssituation angesprochen, wiesen Vertreter des Atomkraftwerkes jede Verantwortung weit von sich mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des Staates für die Endlagerung.

Als nach den Auswirkungen der im April geänderten Strahlenschutzverordnung gefragt wurde, gab Dr. Bergemann an, Daß acht Beschäftigte die neu geforderte Lebensarbeitszeitdosis von 40 Rem bereits überschritten hätten. Diese würden von nun an in weniger strahlenexponierten Bereichen eingesetzt. Zum Thema Strahlenschutz erläuterte Sigrid Birrenbach, daß sich Grenzwertfestlegungen nicht am Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden, sondern an Kosten-Nutzen-Analysen orientieren würden. Das bedeute, daß Folgekosten durch Krankheits- und Todesfälle infolge geplanter radioaktiver Umweltbelastung mit den Kosten bei der Zurückhaltung radioaktiver Stoffe verrechnet würden. Aufgrund dieser Ergebnisse würden dann die Grenzwerte festgelegt. Dr. Bergemann antwortete, daß die Senkung der genehmigten Radioaktivitätsabgaben in den letzten Jahren durch die technische Fortentwicklung in atomaren Anlagen ermöglicht worden sei.

Ob die Betreiber gegen die Mahnwache vor dem Tor des Atomkraftwerkes eine zivilrechtliche Klage auf Schadensersatz erheben, wie im Verlauf der Gespräche beim Landratsamt Günzburg angedeutet wurde, blieb weiterhin offen. Die Mahnwache findet inzwischen wieder wie ursprünglich auf dem Gelände vor dem Tor statt, das der KRB gehört. Die Teilnehmer/innen scheuen jedoch nicht davor zurück, die Frage, wie privat ein Atomkraftwerk sein könne, auch juristisch auszufechten. Denn die Risiken und Gefährdungen, die von der Kernenergie ausgingen, beträfen unterschiedslos jeden, gleichgültig, ob er sie zu tragen bereit sei oder nicht.